



Berlin, 8. November 2012

GdP zu Ausschreitungen vor Kölner Ford-Zentrale

## Witthaut: Demokratischer Protest und Gewalt schließen sich aus

**Berlin.** Gewalttätige Ausschreitungen und die Inkaufnahme schwerer Verletzungen Anderer seien keine Mittel legitimen Protestes, mahnte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, angesichts brutaler Angriffe aufgebracht belgischer Ford-Beschäftigter auf polizeiliche Einsatzkräfte vor der Zentrale des Automobilproduzenten in Köln. Witthaut: „Aus Sicht eines Gewerkschafters kann ich es nur zu gut verstehen, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines von Schließung bedrohten Werkes ihren Zorn und ihre Sorge um die existenzielle Sicherheit ihrer Familien auf die Straße tragen. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob es sich um ausländische Beschäftigte handelt. Dieser Zorn darf sich aber nicht in blinde Wut gegenüber Unbeteiligten Bahn brechen.“ Die Brachialität und Skrupellosigkeit, mit der die Demonstranten gegen die Einsatzkräfte vorgegangen seien, seien unverständlich und erzeugten Befremden. Nach Informationen der GdP waren die Beamten mit mutmaßlich selbst gebauten Explosivmitteln mit heftiger Sprengwirkung beworfen worden. Mehrere Polizisten hatten dabei ein Knalltrauma erlitten. Auch Baseball-Keulen hätten die Demonstranten mit sich geführt.

Am Rande einer Bundesvorstandssitzung seiner Organisation in Potsdam regte GdP-Bundesvorsitzender Witthaut eine intensive öffentliche Debatte über den Zustand der Demonstrationenkultur in Deutschland an. Witthaut: „Immer häufiger wird ignoriert, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nur von denen ausgeübt werden darf, die sich friedlich und ohne Waffen versammeln. Die hohe Gewaltbereitschaft und immer hinterhältigere und brutalere Angriffe auf Beamtinnen und Beamte zwingt die Polizei indes, sich beim Schutz von Demonstrationen und Veranstaltungen, auch selbst immer mehr zu schützen.“

**Herausgeber:**

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

**Pressestelle:**

Rüdiger Holecek – Mobil: 01 72 – 7 12 15 99

Bundesgeschäftsstelle\_Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0) - 113/114/116/117

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190